



Antrag

der Volksinitiative Schulfrieden Schleswig-Holstein!

Vertrauenspersonen:

Stefan Hirt, Schönberg
Benita von Brackel-Schmidt, Flensburg
Iris Simon, Oersberg

Stellvertreter:

Dirk Schalkowski, Heikendorf
Andrea Tank, Schönkirchen
Ulf Evers, Wattenbek

Wir fordern den Landtag nach Artikel 41 Abs. 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein auf, eine sofortige Aussetzung der vorgesehenen Änderungen des Schulgesetzes in Schleswig-Holstein und den Erhalt des derzeit gültigen Schulgesetzes zu beschließen. Zudem fordern wir einen verbindlich festgelegten Schulfrieden bis zum Juli 2013.

Begründung:

Seit 2007 arbeiten im ganzen Lande allein fast 300 weiterführende Schulen (134 Gemeinschaftsschulen, 61 Regionalschulen und 100 Gymnasien) nach dem gültigen Schulgesetz.

Die Schulen, Eltern und Schulträger speziell der Gemeinschafts- und Regionalschulen haben sich im Vorfeld der 2007 erfolgten Neuordnung der schleswig-holsteinischen Schullandschaft viele Gedanken über die zukünftige Form ihrer Schulen und ihres Unterrichts gemacht und diese in verbindlichen, vom Ministerium genehmigten pädagogischen Konzepten nieder gelegt.

Dabei war für die Gemeinschaftsschulen absoluter Kernpunkt das „Längere Gemeinsame Lernen“.

Dieses „Herzstück“ der Gemeinschaftsschulen war für die Eltern im Lande dann auch der entscheidende Punkt, mit überwältigender Mehrheit eine Gemeinschaftsschule als weiterführende Schule für ihre Kinder zu wählen.

Wer eine andere Art des Unterrichts bevorzugte, konnte und kann bis jetzt ebenso eine Regionalschule oder ein Gymnasium für seine Kinder anstreben.

Die vorgesehene Änderung des Schulgesetzes verwässert nun diese relativ klaren Profile der verschiedenen Schulformen durch die Beliebigkeit der Möglichkeiten.

Wir brauchen aber in diesem Stadium der „Findung“ keine Beliebigkeit, sondern im Gegenteil Verlässlichkeit!

Die neu eingeführten Schulen müssen erst einmal wenigstens einen kompletten Durchlauf ohne so gravierende Änderungen des laufenden Systems durchleben können, um dann überlegt nach zu bessern, statt jetzt mitten in der Entwicklung verunsichert zu werden.

Lehrer und Schulen, wie auch die Eltern, müssen mit den neuen Systemen erst einmal klar kommen, Strukturen innerhalb der Schulen müssen geschaffen werden, um Anfangsschwierigkeiten zu beheben, neue Methoden zur Gewohnheit werden.

Unsere Kinder, egal welchen Schulabschluss sie anstreben, sollen optimale Möglichkeiten haben, diesen ohne allzu viel Stress zu erreichen.

All das braucht Zeit und Verlässlichkeit, nur durch diese Verlässlichkeit wird nach gründlicher Auswertung der Erfahrungen, z.B. durch eine einzustufende Einigungskommission **aller Beteiligten**, dann eine sinnvolle Bewegung an den Schulen möglich sein.

Wir fordern darum einen verbindlichen Schulfrieden bis Juli 2013, um die ständigen, nur halb durchdachten Nachbesserungen und daraus resultierenden Verunsicherungen für Schulen, Schulträger und Eltern zu stoppen.

Die Vertrauenspersonen:

Stefan Hirt
Benita von Brackel-Schmidt
Iris Simon

Vertreter der Vertrauenspersonen:

Dirk Schalkowski
Andrea Tank
Ulf Evers